

Solidarfonds der LINKEN für Vereine

Diätenerhöhungen der Abgeordneten fließen nicht in private Taschen

Zum Glück gibt es viele Menschen in unseren Städten und Gemeinden, die die Worte von Wilhelm Busch „Willst Du froh und glücklich leben, laß kein Ehrenamt Dir geben!“, die er in einem satirischen Gedicht schrieb, nicht ganz so ernst nehmen.

In Hunderten Vereinen organisieren sich unsere Bürgerinnen und Bürger, um ihr Leben in der Kommune interessant und abwechslungsreich zu gestalten. In den meisten Gemeinden sind die Vereine von entscheidender Bedeutung nicht nur im Freizeitbereich.

Obwohl dies keine Neuheiten sind, hat die Landesregierung die Mittelzuweisungen für die Vereine gekürzt. So muss das „OK Live Ensemble“ in diesem Jahr mit rund 10.000 Euro weniger als 2008 auskommen.

Viele Anfragen zur Unterstützung der Vereine kommen bei der Landtagsfraktion DIE LINKE an, weil die Antragsteller wissen, dass DIE LINKE die Vereine gern

unterstützt. Dazu wurde im Jahr 1995 ein Solidarfonds gebildet. Die Idee entstammt der Diskussion um eine Diätenerhöhung, gegen die DIE LINKE gestimmt hatte. Seitdem zahlen die Abgeordneten der Linksfraktion im Landtag regel-

mäßig und freiwillig die Erhöhung in den Fonds. So konnten innerhalb der letzten vier Jahre an viele Vereine über 362.000 Euro weitergegeben werden. Ein beträchtlicher Teil ging auch an Vereine im Landkreis Börde. DIE LINKE weiß die Ar-

beit der Vereine und der Ehrenamtlichen eben zu schätzen und wird diese auch weiterhin mit ihrem Solidarfonds aktiv unterstützen.

*Klaus Czernitzki,
Kreisvorsitzender
DIE LINKE. Börde*



Gudrun Tiedge, Spitzenkandidatin in Wanzleben, übergibt der Jugendfeuerwehr in Ausleben einen Scheck in Höhe von 500 Euro.



Sachsen-Anhalt braucht mehr Europa von Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, MdB

Mancher Fahrradweg, manche Weiterbildung und manches Forschungsprojekt wurde mit EU-Mitteln finanziert. Doch diese Erfolge werden durch die derzeitigen Grundlagen der EU-Politik selbst aufs Spiel gesetzt. Niedriglohn, Steuerdumping und mehr Aufrüstung schwächen die Chancen struktur-schwacher Regionen und treffen ins Herz der kommunalen Haushalte. Die Wirtschaftskrise ist kein Naturereignis, sondern auch Folge falscher Politik. Die Politik der Lohn- und Rentenkürzung hat die Bundesregierung nicht als Opfer, sondern als europäischer Motor betrieben. In Brüssel und Straßburg stehen in 27 Sprachen die Perspektiven des Kontinents ständig zur Debatte. Es geht um alle Regionen. Armutsbekämpfung, moderne Agrar- und Energiepolitik gehören vor Ort und weltweit in jedes Antikrisenprogramm. Noch wissen wir nicht, wie viel Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, wie weit kleine Unternehmen mit stöckenden Krediten kommen. Doch schon jetzt können wir dafür sorgen, dass es nach der Krise nicht so weitergeht wie zuvor. Wir haben mehr koordinierte Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Geldpolitik der EU vorgeschlagen, eine Millionärsabgabe, einen Schutzschirm für Menschen und mehr Unterstützung für Erwerbslose. Am 7. Juni ist Gelegenheit, mehr Europa für Sachsen-Anhalt zu wählen. Ob mehr öffentlicher Nahverkehr, eine gute Gesundheitsvorsorge für alle, eine bessere Umwelt und zivile Konfliktlösungen - die Partei DIE LINKE ist am 7. Juni eine gute Wahl: für das Europäische Parlament und in den Kommunen hier in Sachsen-Anhalt.

Sachpolitik statt Populismus

Haldensleben – Kostenloses Mittagessen in Schulen und Kitas war auf der vergangenen Sitzung des Stadtrates Thema einer Anfrage an die Verwaltung der Stadt. Sie wurde beantwortet, eine Debatte findet aber zu Anfragen grundsätzlich nicht statt. Die Fraktion DIE LINKE gibt sich damit nicht zufrieden und erarbeitet derzeit einen Antrag, der dann in den Ausschüssen zu beraten ist und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt wird.

Versorgung vor Ort

Wolmirstedt – Nach der Schließung des Krankenhauses Wolmirstedt wurde die medizinische Nachnutzung der vorhandenen Räumlichkeiten in Aussicht gestellt. Leider ist bisher noch nicht viel davon zu bemerken. DIE LINKE will sich dafür stark machen, dass niedergelassene Ärzte in Zukunft hier ihre Praxis betreiben, damit die Gesundheitsvorsorge für die Wolmirstedter Bürger gewährleistet bleibt.

Lebenswerte Innenstadt

Oebisfelde – Die Situation in der Innenstadt war der LINKEN in Oebisfelde ein Dorn im Auge. Deshalb setzte sie die Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes durch. Ziel soll eine attraktivere Innenstadt sein, in der sich alle Generationen wohl fühlen. Der Entwurf eines Konzeptes liegt inzwischen den Stadträten zur Diskussion vor. DIE LINKE sucht hierzu auch den Dialog mit allen Bürgerinnen und Bürgern.

Bündnis für Familien

Wanzleben – Die Stadt trägt seit 2006 den Titel „Kinder- und familienfreundliche Kommune“. Auf Initiative der LINKEN Bürgermeisterin Petra Hort ist im April ein lokales Bündnis geschlossen worden, in dem sich viele Partner partei- und religionsübergreifend engagieren. Gemeinsam will man das Projekt „Urbane Familienfelder“ im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau 2010 arrangieren.

**Kandidaten
für die Kommune**

Gemeinderäte

Calvörde



Marcel Hoppe,
36 Jahre,
Fachinformatiker



Dirk Dietz,
41 Jahre,
kaufm. Ange-
stellter

Colbitz



**Heidemarie
Nielebock,**
59 Jahre,
Floristin

Nordgermersleben



**Doreen
Hildebrandt,**
36 Jahre,
Berufsberaterin

Hakenstedt



Hella Entrich,
47 Jahre,
Agraringenieur-
ökonomin

Stadträte

Seehausen



Helmut Piskatz,
69 Jahre
Diplomingenieur



Ilse Kreisch,
67 Jahre,
Finanzökonomin

Original sozial in Börde-Kommunen

Aus dem Wahlprogramm des Kreisverbandes der LINKEN für die Kommunalwahl

Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich in den Städten und Gemeinden des Landkreises wohl und sicher fühlen. Sie sollen hier arbeiten und lernen können, in angenehmer Atmosphäre wohnen und auch ihre Freizeit verbringen können.

Deshalb wollen die Kandidatinnen und Kandidaten der Partei DIE LINKE im Landkreis Börde, dass Kommunalpolitik sachbezogen, transparent und bürgerbeteiligt geleistet wird. Dabei soll die Politik in den Kommunen frei von Parteienegoismus und Amtsmissbrauch sein.

Zurzeit sind wir mit über 50 Mandaten ehrenamtlich in den Stadt- und Gemeinderäten vertreten. Dazu sind zwei Ortschaftsbürgermeister sowie die Bürgermeisterinnen der Städte Wanzleben und Oebisfelde mit einem Mandat der LINKEN täglicher Ansprechpartner für die Bürger.

Daraus ergibt sich die Aufgabe für DIE LINKE, in den Kommunen gestaltend zu wirken und nicht als pure „Opposition“ in Erscheinung zu treten.

**DIE LINKE bleibt dabei:
Hartz IV muss weg!**

In den Kommunen müssen wir aber derzeit mit den aktuellen Hartz-IV-Gesetzen leben. Deshalb unterstützen wir auf kommunaler Ebene alle geeigneten Maßnahmen, die Lebenssituation von Menschen, die sich in sozialen Notlagen befinden, zu verbessern.

Familien mit Kindern und vor allem Alleinerziehende sind von Armut besonders betroffen. Unsere Politik ist darauf ausgerichtet, dieser Armut entgegen zu wirken. Das werden wir u.a. durch unseren Einsatz für den Erhalt von Kitas und Schulen in kommunalem Eigentum und die Versorgung der Kinder in diesen Einrichtungen mit ei-



Linke Kandidaten hatten in Oebisfelde zu einer Diskussionsrunde „Mindestlohn“ eingeladen

nem kostenlosen Mittagessen unterstreichen.

DIE LINKE unterstützt das Sporttreiben in Vereinen. Dabei soll der Kinder- und Jugendsport einen besonderen Stellenwert einnehmen.

Die Feuerwehrvereine und Interessengemeinschaften, als Zentren des Gemeinschaftslebens insbesondere in kleineren Gemeinden, haben unsere volle Solidarität, wenn sie um ihren Fortbestand kämpfen.

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass allen Bürgerinnen und Bürgern, unabhängig vom Alter, Einkommen und Wohnort, ein ausreichendes und gutes medizinisches Leistungsangebot zur Verfügung steht. Darum werden wir uns für den Ausbau des ÖPNV und ein Gemeindeschwesternprogramm stark machen.

Armut bekämpfen heißt für uns, auch gut bezahlte Arbeit schaffen.

Wer arbeitet, muss davon leben können. Wir wollen durch Programme im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen. Leiharbeitsverhältnisse und die entwürdigenden Ein-Euro-Jobs müssen in ordentlich vergütete Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden.

Soweit nur einige Punkte aus dem umfangreichen Wahlprogramm der LINKEN.

Wir bewerben uns um über 100 Mandate in den Städten und Gemeinden. Wenn Sie wollen, dass diese Politik auch in Ihrer Gemeinde Einzug hält, dann wählen Sie bitte am 7. Juni bei der Kommunalwahl die Kandidaten der Partei DIE LINKE.

Klaus Czernitzki,
Kreisvorsitzender,
DIE LINKE.Börde

Eine Stadt muss leben!

Vor einem Jahr, am 30. März 2008, wurde Silke Wolf zur Bürgermeisterin in Oebisfelde gewählt. Die Redaktion befragte die parteilose Linke.

Was liebst Du an der Arbeit als Bürgermeisterin?

Vor allem reizt mich die Vielseitigkeit, gepaart mit der Möglichkeit, ständig mit unterschiedlichen Menschen zu tun zu haben. Die Bürgermeisterin ist nun mal gern die Anlaufstelle für alle. Dankbare Termine sind Gratulationen bei den Älteren, die Höhepunkte in den vielen Vereinen und Vereinigungen und die kulturellen Höhepunkte im Städtchen.



Besonders schön sind die Kinderaugen und das Staunen in den Kindereinrichtungen.

Was möchtest Du während Deiner Amtszeit für Deine Stadt erreichen?

Wir müssen es schaffen, mit

den jetzt geplanten Investitionen eine Initialzündung zu erreichen, Gewerbeansiedlungen, Kinderkrippenneubau, integratives Grundschulzentrum und die Umgehungsstraße. Der Dienstleistungsgedanke muss sich viel stärker in der Verwaltung und in allen anderen Bereichen wiederfinden. Wir können stolz sein, Oebisfelder zu sein. Die Stadt hat viele Potenziale – historischer Stadtkern, vielseitige Vereine, unsere Handballmannschaft, das Altstadtfest usw. Aber am wichtigsten sind die Menschen. Eine Stadt muss leben.

Welche Hürden sind dafür zu überwinden?

Es wurden in den letzten 15 Jahren zahlreiche Probleme vor sich her geschoben. Die Strukturen sind verkrustet und man freundet sich nur schwer mit neuen Lösungen an. Aber es ist Licht am Horizont – immer mehr Bürgerinnen und Bürger arbeiten mit – haben wieder Mut und engagieren sich über Parteigrenzen hinaus. Eine saubere, grüne und blühende Stadt, in der sich die Menschen wohl fühlen, Platz für alle, Jung und Alt, gleich welcher Ideologie und Religion – das ist unser Ziel.

Erst zuhören, dann reden

Ulf Nohr: Achte das Leben und den Menschen neben dir

Oschersleben – „Nein, ich habe keinen Che Guevara an der Wand“, sagt Ulf Nohr und versucht im Gespräch, mit der selbst verordneten strikten Trennung von politischer Ansicht, Arbeit in der Kommunalen Sanierungsgesellschaft „Bördekreis“ mbH im Landkreis Börde und Engagement in der freiwilligen Feuerwehr zurecht zu kommen.

Kann man ernsthaft über Ein-Euro-Jobs sprechen, ohne politisch zu sein?

Geht kaum, weil Ulf Nohr vom Zwiespalt erzählt, einerseits von der Organisation der geförderten Maßnahmen zu leben und dabei täglich erfährt, „dass wir es mit Menschen zu tun haben, die es sehr schwer haben. Gute Leute, die eigentlich eine richtige Arbeit verdient hätten, müssen um einen Ein-Euro-Job kämpfen“.

Oder, wenn er feststellt, dass es ein Unterschied ist, ob „die Roten“ sagen, dass bestimmte Bedingungen für die freiwilligen Feuerwehren verbessert werden müssen, oder eine andere Partei sagt es.

Er möchte so genommen werden, wie er ist: auf die Menschen zugehen, erst zuhören, dann reden – aber keine großen Reden. Die „Herzenssache“ mit der Partei teilt sich in das frühere Leben und in die Neuorientierung in der neuen Zeit, wo er für DIE LINKE im Stadtrat kandidiert.

Der bisherige Lebensweg war vielschichtig, hatte Höhen und meist selbstgemachte Tiefen. „Jedoch kommt nach jedem Hinfallen auch ein Aufstehen. Meine Frau Sylvia hat mir dabei immer zur Seite gestanden, gleichfalls die Familie, gute Freunde und Mitstreiter.“ Das war ihm gelungen, ohne den Bonus, „schon immer dagegen gewesen zu



Ulf Nohr, Kreisfeuerwehrverbandschef und Kandidat der LINKEN für den Stadtrat.

sein“. Aber auch mit der Vorsicht, genau zu trennen.

„Ungerechtigkeit muss immer beim Namen genannt werden“, sagt Ulf Nohr, „und Achtung vor den Menschen ist immer gültig, auch wenn sie mal Fehler machen. Und sie sollte eigentlich allen Parteien eigen sein.“ Sein Leben hat ihn gelehrt: Achte das Leben und den Menschen neben Dir.

Nicht von ungefähr ist so einer in der Feuerwehr, Kreisjugendwart gewesen und schon zum zweiten Mal zum Vorsitzenden des Feuerwehrverbandes Börde e.V. gewählt worden. Der Verband ist die Interessenvertretung, so etwas wie die Gewerkschaft der freiwilligen Feuerwehren. Im neuen, großen Landkreis Börde leben über 185 000 Menschen, es gibt noch zwei partnerschaftlich zusammenarbeitende Feuerwehrverbände. Rund 7000 Menschen im Ehrenamt Feu-

erwehr, darunter etwa 4200 Einsatzkräfte, wovon gut 550 Frauen sind, schützen Tag und Nacht, organisiert in 172 freiwilligen Feuerwehren, Mensch und Tier, Hab und Gut sowie die Umwelt – „das sind für mich die Helden des Alltags“.

Ulf Nohr möchte, im Einklang mit dem Partnerverband und dem Kreisbrandmeister die besten Bedingungen für die Kameradinnen und Kameraden schaffen. Dazu das Training und die Ausbildung an der Technik, die Heranbildung des Nachwuchses in 135 Jugendwehren. „Nicht zu vergessen, dass gerade die Feuerwehren personell und mit ihrer Logistik das gemeinschaftliche Leben in den Dörfern prägen. Sie tragen zum Wohlklang in ihren Gemeinden bei“, und er meint

damit nicht nur die sieben Musikzüge, die die Feuerwehr in der Börde in ihren Reihen hat. Auch die 1500 Alters- und Ehrenmitglieder unterstützen das Verbandsleben nach ihren Kräften.

Ulf Nohr und seine Vorstandsmitglieder sind jetzt fast an jedem Wochenende unterwegs bei den Jahreshauptversammlungen, also an der Basis, „dort erfahren wir vom echten Leben der Mitglieder“. Neben den vielen Sachthemen in den FF geht es perspektivisch auch um die Zusammenführung mit dem Verband des Ohrekreises im neuen Landkreis Börde. „Das muss wachsen, es gibt noch zu viele Befindlichkeiten und Unterschiede.“ Ulf Nohr will nichts übereilen: „Lieber dreimal messen und dann erst abschneiden“, sagt er. „Es geht um Menschen.“

Humanistisch zu denken und zu handeln, ist eben doch nicht zuteilbar.

Kommunalpolitik: Politik zum Anfassen

Kommunalpolitik heißt für mich: Gestalten unserer Umwelt, unseres Ortes, in dem wir leben. Hier zeigt sich die enorme Bedeutung der Kommunalpolitik. Nur wer seine Stimme zur Kommunalwahl abgibt, kann dazu beitragen, dass Schulen, Museen, Bäder usw. auch in Zukunft erhalten bleiben. Man kann deshalb von einer „Politik zum Anfassen“ reden. Hier werden Projekte verwirklicht, die den Bürgerinnen und Bürgern direkt zu Gute kommen. Die Erfolge kann man dann direkt in seinem Heimatort erleben. Schon 2005 startete ich mit

15 Jahren, gemeinsam mit einigen Helfern, eine Unterschriftensammlung für einen Radweg zwischen Hornhausen und Oschersleben. Im Ergebnis konnte ich dem Landrat über 1000 Unterschriften übergeben. Das Projekt ist durch die Politik bestätigt worden und der Bau soll noch in diesem Jahr beginnen.

Nun bin ich 19 Jahre alt und bewerbe mich am 07. Juni für einen Sitz im Ortschaftsrat Hornhausen und im Stadtrat Oschersleben. Ich möchte mich auch in Zukunft für meinen Heimatort engagieren und nicht zuletzt für einen zügigen Bau-



Florian Ebert mischte sich schon mit 15 Jahren in die Kommunalpolitik ein. Das Ergebnis: In diesem Jahr soll der Fahrradweg gebaut werden, für den er 1000 Unterschriften sammelte.

start des Radweges einsetzen. Mit meinen Ideen werde ich einen frischen, neuen

Wind in unsere Kommunalpolitik bringen.

Florian Ebert

Kandidaten für die Kommune

Gemeinderäte

Druxberge



Jürgen Ohst, 49 Jahr, Diplomingenieur

Hörsingen



Reinhard Hortig, 49 Jahr, Zerspaner

Ummendorf



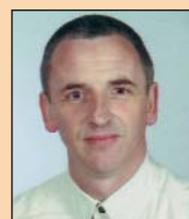
Peter Sydow, 54 Jahre, Gärtner

Alleringersleben



Sylvia Strobel, 43 Jahre, Hausfrau

Eilsleben



Torsten Eckert, 45 Jahre, Ing. f. Automatisierungstechnik

Wackersleben



Romy Weide, 33 Jahre, Bürokauffrau

Wefensleben



Günter Witte, 58 Jahre, Diplomingenieur Elektrotechnik

**Kandidaten
für die Kommune**

Stadträte

Haldensleben



Guido Henke,
44 Jahre,
Jurist



Roswitha Schulz,
60 Jahre,
Agraringenieur-
ökonomin



Klaus Czernitzki,
46 Jahre,
PC-Techniker

Gemeinderäte

Niederndodeleben



Dr. Roland Lohse,
66 Jahre,
Diplomökonom



Wolfram Klafke,
49 Jahre,
Außendienst-
mitarbeiter



Hans Jürgen Fischer,
59 Jahre,
Lehrer



Heidemarie Fischer,
59 Jahre,
Sachbearbeiterin

Starkes Sachsen-Anhalt in Europa

DIE LINKE bleibt dabei: in Kommunen, in Deutschland und in Europa konsequent sozial

DIE LINKE war im Wahlkampf 2005 das Schmutzkind in der Parteienlandschaft. Weder der damalige Kanzler Gerhard – „Mit denen werden wir nicht reden“ – Schröder, noch der SPD Parteichef Franz Müntefering wollten mit ihr etwas zu tun haben, und man drückte ihr den Stempel „ökonomisch wie sozial unverantwortlich“ auf. Ganz zu schweigen von ihrer angeblich unverbesserlichen Anti-Haltung der EU gegenüber.

Doch was ist dran an dieser Kritik? Wenn man sich die weltpolitischen Ent-

wicklungen ansieht, kann man diese Frage schnell beantworten: Nichts ist dran. Die Börsenumsatzsteuer, Neuregelung bzw. Abschaffung des skandalösen Systems Hartz IV, Mindestlöhne in allen Branchen und eine sichere Rente – alles Forderungen, die DIE LINKE seit jeher stellt, und siehe da – seit die Finanzkrise auch die Realwirtschaft hart trifft, mausert sich die linke Konkurrenz zur persona grata. Müntefering persönlich spricht schon vom „Ankommen der Kinder und Enkelkinder der SED in der Demokratie“. Wohlgerückt:

DIE LINKE stand schon immer für eine wirkliche Sozialpolitik und war von Anfang an gegen den so genannten Casinokapitalismus, welcher die gegenwärtige Krise mit zu verantworten hat. Zu ihrer Rechtfertigung behaupten andere Parteien gern, in der LINKEN sitzen nur Wunschträumer, deren soziale Vorschläge nicht zu finanzieren seien. Fakt ist aber, dass die selben Politiker heute die hohen staatlichen Finanzspritzen für „Not leidende“ Banken und Konzerne nur so aus dem Ärmel schüt-

wohlwollend gegenüber steht. Einer auf wirtschaftlichen, demokratischen UND sozialen Grundsätzen basierenden EU würde es nicht an Zustimmung der Bevölkerung fehlen. Doch von Beginn an regierte das Profitstreben, und der Vertrag von Lissabon setzt nicht auf Frieden, Solidarität und Demokratie, sondern auf Aufrüstung, Ausgrenzung und Bevormundung. Dafür kann und darf sich eine Europäische Linke nicht einsetzen!

2009 bietet eine außerordentliche Chance, auf allen Ebenen der Politik Veränderungen in die Wege zu leiten. Einmalig ist dabei die Möglichkeit, nicht nur im Großen – d.h. auf Bundes- und EU-Ebene – sondern auch in den Kommunen DIE LINKE für gesicherte öffentliche Vorsorge, gute Studienbedingungen und sichere Arbeitsverhältnisse zu wählen.

2009 könnte der Anfang einer viel versprechenden Landesentwicklung in Sachsen-Anhalt werden. Keine Region darf aufgegeben und somit zum Anlaufpunkt für die wirklichen Demokratiefeinde, die NPD, werden. Die Prioritäten sind daher klar: Die Altmark muss genauso interessant für junge Menschen sein, wie es heute schon das südliche Sachsen-Anhalt mit seinen (Ober)zentren Halle und Dessau-Roßlau ist. Im Jerichower Land muss es für Frau X aus Stresow möglich sein, mal schnell mit dem Bus nach Genthin zum Hausarzt zu fahren, ohne auf unmögliche Fahrtzeiten angewiesen zu sein. Nur durch gezielte Förderung aller Landkreise kann Sachsen-Anhalt auf Dauer attraktiv werden und auch bleiben!

Darum gilt: Nur mit auch Ihrer Stimme kann eine starke Vertretung der LINKEN in den Kommunen, in den Landtagen, im Bundestag und im Europäischen Parlament für die Menschen sprechen.

Elisabeth Simon



Ein breites gesellschaftliches Bündnis formiert sich europaweit dagegen, die Lasten der Krise auf die Bevölkerung abzuwälzen.

teln, um ihr System, den Kapitalismus, auf Kosten der Bevölkerung zu erhalten. Für wen die große Koalition Politik macht, ist leicht zu beantworten, wenn man erlebt, wie sie im Eilverfahren ein Konjunkturpaket verabschiedet und den Verursachern der Krise unter die Arme greift – während in einem so reichen Land wie Deutschland die Kinderarmut steigt und Menschen mehrere Nebenjobs annehmen müssen, um sich über Wasser zu halten.

Die Frage WOFÜR? gilt natürlich auch für die EU – der DIE LINKE durchaus

für die EU – der DIE LINKE durchaus

DIE LINKE klagt gegen Lissabon-Vertrag

Zwei Jahre nachdem Franzosen und Niederländer in Volksabstimmungen den Verfassungsentwurf für die Europäische Union (EU) abgelehnt hatten, präsentierte die EU im Jahr 2007 einen neuen Vertrag (Vertrag von Lissabon) – „ein alter Brief in einem neuen Umschlag“, wie selbst der ehemalige französische Präsident Giscard d'Estaing zugibt. Der Inhalt zeigt eindeutig: Mit diesem Vertrag würden die Nationalstaaten zu Marktradikalismus, zu Aufrüstung, Sozialabbau und weniger Demokratie verpflichtet. Bei einem Referendum in Ir-

land scheiterte er jedoch an dem Widerstand der Bevölkerung. Vor allem Arbeiter, Frauen und junge Menschen stimmten gegen den Lissabon-Vertrag. In Deutschland haben CDU/CSU und SPD eine Volksabstimmung über diesen Vertrag verhindert. Sie mussten befürchten, dass die Bevölkerung in Deutschland den schlechten Vertrag ablehnen würde. Zugestimmt haben sie ihm trotzdem. DIE LINKE klagt gegen den Vertrag von Lissabon vor dem Bundesverfassungsgericht. Mit diesem Vertrag würde eine Wirtschaftspoli-



tik gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit festgeschrieben, die Millionen Arbeitsplätze vernichtet und Banken und Konzernen mehr Macht als gewählten

Regierungen einräumt. Der Vertrag billigt die Freiheit von Waren und Dienstleistungen Vorrang vor der Menschenwürde zu, argumentiert DIE LINKE. Außerdem schwäche der Vertrag die Rechte der Parlamente: Über den Einsatz der Armee soll beispielsweise nicht mehr die Volksvertretung entscheiden. DIE LINKE ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die für eine demokratische Verfassung für Europa kämpft. Im Namen Europas verteidigt sie die Demokratie gegen den Vertrag von Lissabon.

-red

Europa muss durchsichtiger werden

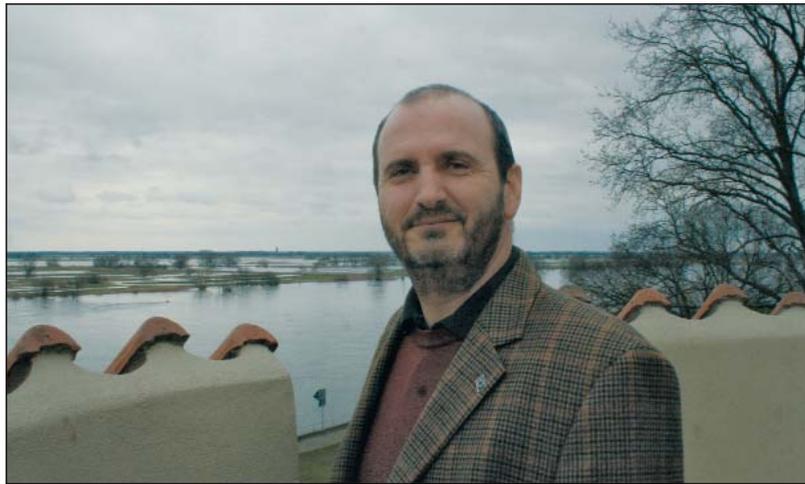
Harry Czeke, ein bodenständiger Mann vom Jerichower Land, tritt für Europa an

Hier ist er geboren, vor genau 48 Jahren, in der Entbindungsstation des Krankenhauses auf dem Burgberg in Tangermünde. „Mein erster Blick muss über die Elbauen gegangen sein“, meint Harry Czeke schmunzelnd, darum sei er so verwurzelt mit der Landschaft. Im Hintergrund das Kloster Jerichow seines Heimatortes. Schlagenthin, den Ort seines jahrelangen Arbeitslebens, kann er von Tangermünde aus nicht mehr sehen. Von der dortigen LPG hatte er sich nach der Armeezeit zum Studium delegieren lassen, war als Agraringenieur zurückgekehrt und wurde in der Wendezeit zum Vorsitzenden gewählt. Die Vermögensauseinandersetzungen zur Neubildung einer Nachfolge-Genossenschaft und die Entwicklung in die Marktwirtschaft muss er zur Zufriedenheit der Mitglieder geführt haben, denn er blieb bis 2005 Vorstandsvorsitzender.

Sein politischer Weg ist eher untypisch. Natürlich habe er schon immer politisch gedacht. Ein paar Mal waren sie auch an ihn herangetreten, ob er nicht eintreten wolle „in die Partei“. Aber mal passte seine soziale Herkunft nicht, mal das kaderpolitische Raster, mal war er zu alt. „Da hatte ich genug.“ Fortan ließ er alle Werber abblitzen – auch nach der Wende zunächst. Obwohl ihn die PDS schon 1990 für den Gemeinderat gewonnen hatte. 1994 wurde Harry Czeke dann sogar in den Landtag gewählt – für die PDS – immer noch parteilos. Erst 2002 wurde er Mitglied. Sie brauchten den kompetenten Mann aus der Praxis im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und für Bundes- und Europaangelegenheiten.

Die Ausschüsse sind so verwunderlich nicht, bezieht sich doch fast die Hälfte der EU-Gesetze und Regelungen auf den ländlichen Raum. Und da kennt er sich nun mal als einer der wenigen Kandidaten für das Europaparlament aus.

„Wir haben es in Europa mit einer verfehlten Landwirtschaftspolitik zu tun“, sagt Harry Czeke, das müsse sich ändern. Er würde für ein Grundrecht auf Ernährung streiten, und zwar mit gesunden, kontrollierten Lebensmitteln, die sowohl erschwinglich sind als auch den Landwirten die Existenz sichern. Die Milchproduktion zum Beispiel müsse unbedingt geregelt werden und die Fleischpreise, die mit der „Geiz-ist-Geil-Mentalität“ in Bereiche getrieben werden, dass kein



Harry Czeke auf dem Burgberg von Tangermünde, hier ist er geboren, im Elbtal ist er zu Hause, steht für linke Politik in der Kommune, im Land und in Europa.

Landwirt davon leben kann. „Das wäre original sozial“, genau wie die Abschaffung von Exporterstattungen für minderwertige Produkte nach Afrika, die sowohl unmoralisch als auch hinderlich für die innere Entwicklung in Afrika sind. „Mit der Entwicklung in Europa zerstören wir die Lebensgrundlagen in den Entwicklungsländern und schließlich der ganzen Erde.“ Dabei denkt Harry Czeke an die Rodungen von Regenwald in Südamerika, Monokulturen für Ölsaaten und nicht zuletzt die Gentechnik – ein ganz neues Kapitel –, die Landwirte auf der

ganzen Welt in Abhängigkeit global agierender Konzerne bringt.

„Die Menschen werden nicht gefragt, was mit ihrem Steuergeld von der EU gemacht wird. Das ist eine Frage der Demokratie. Europa muss durchsichtiger werden“, fordert Harry Czeke. Und sozialer. In der EU gibt es ein Missverhältnis zwischen Investitionen in Beton und Asphalt auf der einen und z.B. Bildung und Soziales auf der anderen Seite. Dies verschärft sich noch in der Förderperiode

bis 2013. „Ein krasses Missverhältnis, für deren Korrektur sich nur die LINKE einsetzt.“

Harry Czeke kommt wieder auf den Boden von Tangermünde und zeigt in die Gegend. „Bald fängt der Raps an zu blühen. So sehr ich die Landwirte auch verstehe, aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus den nachwachsenden Rohstoff anzubauen. Genauso sehe ich auch, dass die Monokulturen nicht gut sind. Die schlecht koordinierten Förderungen von Landwirtschaft und Umwelt müssen korrigiert werden.“ Rainer Dyk

Kandidaten für die Kommune



Michael Gallrein,
59 Jahre,
Diplom-Ingenieur

Irxleben



Jörg Stern,
50 Jahre,
Versicherungsfachmann

Bebertal



Ronald Heinhaupt,
49 Jahre,
Elektromonteur

Klein Wanzleben



Klaus Lindner,
51 Jahre,
Diplomlehrer



Dr. Horst Lux,
69 Jahre,
Diplombiologe

Stadträte

Oebisfelde



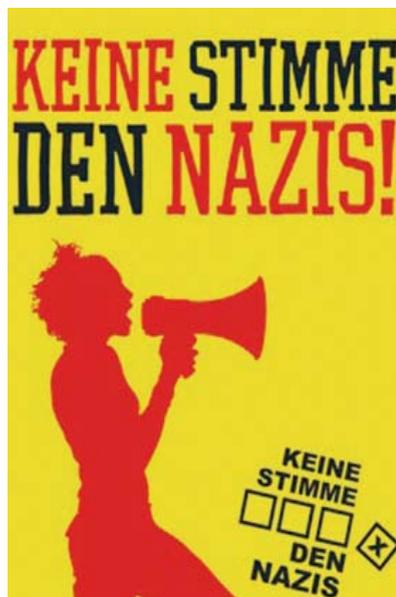
Heide Schüler,
70 Jahre,
Diplompädagogin

Europas rechter Rand rückt zur Mitte

Vieles spricht dafür, dass die extreme Rechte bei der kommenden Europawahl weiter zulegen wird.

Im Januar 2007 war es rechtsextremen Parteien mit der Formation „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) erstmals seit über einem Jahrzehnt wieder gelungen, eine eigene Fraktion im Europaparlament zu initiieren. Daran beteiligt waren neben der FPÖ und bulgarischen Ataka die französische „Front National“, der belgische „Vlaams Belang“, die „Großrumänienpartei“ sowie zwei Abgeordnete neofaschistischer Parteien aus Italien. Zwar bereift die ITS aufgrund interner Konflikte bereits im November desselben Jahres wieder, doch das Signal ist unverkennbar.

Mit der Erhöhung des Quorums zur Gründung einer Fraktion von bisher 20 auf 25 Abgeordnete, die nun aus sieben statt bisher aus sechs Staaten stammen müssen,



hat das Europäische Parlament versucht, auf diese Entwicklung zu reagieren. Doch das Ansinnen, den Rechtsextremen damit Grenzen zu setzen, könnte ins genaue Gegenteil umschlagen. Denn auch die zwei rechtskonservativen Fraktionen „Union für ein Europa der Nationen“ (UEN) mit rund 40 Mitgliedern und „Unabhängige/Demokraten“ mit knapp über 20 Mitgliedern geraten dadurch unter erheblichen Existenzdruck. Oder aber sie versuchen, den bisher weitgehend ausgegrenzten Parteien des ITS-Spektrums den Weg in die etablierten Rechtsfraktionen zu ebnen, um das Quorum zu erfüllen.

Carsten Hübner

ehem. MdB, Autor der Studie „Rechtsextreme Netzwerke und Parteien in Europa“

Aktuelle Informationen unter www.eurorex.wordpress.com

Kandidaten für die Kommune

Oebisfelde



Sabine Bastigkeit,
54 Jahre,
Krippen-
erzieherin



Bernd Menzel,
48 Jahre,
Zugführer

Oschersleben



Manfred Nörthen,
55 Jahre,
Diplominge-
nieurökonom



Wolfgang Klemens,
60 Jahre,
Sozialpädagoge



Ulrich Hoppe,
48 Jahre,
Selbstständiger
Bauhandwerker

Gemeinderat Einheitsgemeinde Sülzetal



Friedrich Rabe,
67 Jahre,
Lehrer
(auch Ortschafts-
rat Altenweddingen)



Michael Benecke,
49 Jahre,
IT-Systemelektro-
niker
(auch Ortschafts-
rat Langenweddingen)

Politik ist mehr als die Verwaltung leerer Kassen

Wulf Gallert über die notwendige Finanzausstattung für kommunale Selbstverwaltung

Egal, ob in der Kommune oder in der Landespolitik, seit vielen Jahren bedeutet Politik Personalabbau, Einschränkungen der Ausgaben für öffentliche Daseinsvorsorge und die Verringerung öffentlicher Investitionen. Natürlich müssen wir uns auch als linke Partei mit den realen Problemen vor Ort auseinandersetzen und haben uns in der Vergangenheit nicht abgeduckt, wenn es um solche schwierigen Fragen ging, selbst wenn wir wissen, dass es damit keine Blumentöpfe zu gewinnen gibt.

Aber Politik ist für uns mehr.

Politik ist für uns auch, Überlegungen anzustellen, wie öffentliche Daseinsvorsorge in Kommunen und Land vernünftigerweise aussehen müsste und welche Mittel dafür notwendig sind. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen dieses Landes und wir wollen Kommunen mit eigenem Entscheidungsspielraum auf der Basis einer auskömmlichen Finanzausstattung. Dafür haben wir Konzepte entwickelt und Vorschläge unterbreitet.

Wir wissen aber auch, dass wir dafür andere Rahmenbedingungen brauchen, als wir sie jetzt in der Bundesrepublik vorfinden. Das neoliberale Leitbild des schlanken Staates, der mit immer weniger Mitteln auskommen soll, hat in diese Situation geführt, die durch Überschuldung und Kaputtsparen in den meisten Kommunen und im Land geprägt ist.

Deswegen fordern wir höhere Steuereinnahmen, vor allem von denjenigen, die die derzeitige Krise verursacht haben bzw. am Casino-Kapitalismus in den letzten Jahren verdient haben.



Wulf Gallert ist Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag.

Dazu gehören die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine Vermögenssteuer und eine Börsenumsatzsteuer. Diese Forderungen sind kein Selbstzweck. Sie dienen dazu, den öffentlichen Dienst zu erhalten und für zukünftige Aufgaben fit zu machen. Sie dienen dazu, kommunale Infrastruktur auszubauen und Sozialpolitik im besten Sinne des Wortes wieder zu ermöglichen.

Das unterscheidet uns von den Bewerbern der anderen Parteien, die sich ausschließlich auf die Verwaltung des Mangels konzentrieren und diesen beschönigen. Jede Stimme für einen Kandidaten der LINKEN, egal, ob für Europa, den Bund, das Land oder in den Kommunen, ist auch immer eine

Stimme für die Umverteilung von oben nach unten, für finanzielle Spielräume im Land und in den Kommunen.

Aber auch auf der Landesebene gibt es Möglichkeiten, die Dinge zu verbessern. Hier fordern wir, dass das Land die Zuweisungen an die Kommunen zumindest stabil hält und nicht, wie geplant, absenkt. Darüber hinaus sollen Mittel so weit wie möglich pauschal an die Kommunen gehen. Wir verfolgen damit die Absicht, dass die gewählten Vertreter vor Ort selbst die Möglichkeit haben, über die Verwendung der Gelder zu entscheiden. Die Koalition von CDU und SPD in unserem Land hat jedoch nicht nur bei der gescheiterten Übertragung von Aufgaben auf die größer gewordenen Landkreise bewiesen, dass sie den Kommunen zutiefst misstraut. Auch bei der Vergabe der Mittel aus dem Konjunkturprogramm II verhindert sie, dass die Vertreter vor Ort über die Mittel, die für die Kommunen vorbehalten sind, selbst entscheiden können. Nur etwa ein Drittel dieser Gelder hat die Koalition von CDU und SPD in die Verantwortung der Kommunen gegeben, andere Bundesländer dagegen bis zu 80 Prozent. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt ist die, die den Kommunen in ihrem Land am meisten misstraut und den geringsten Einfluss zugesteht.

Jede Stimme für einen Kandidaten der LINKEN bei den Kommunalwahlen ist auch eine Stimme gegen dieses vormundschaftliche Verhalten von CDU und SPD gegenüber den Kommunen und damit eine Stimme für mehr kommunale Selbstverwaltung.

Öffentlich, weils wichtig für alle ist

Die Öffentliche Daseinsvorsorge ist einer der Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft. Ihr Ziel: Allen Menschen unabhängig vom Einkommen den Zugang zu Kindergärten, Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, öffentlichem Nah- und Fernverkehr, Wasser- und Energieversorgung zu ermöglichen.

Die meisten Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge liegen noch in kommunaler Verantwortung. Trotzdem spielt die EU eine zentrale Rolle: Sie legt die Spielregeln fest, unter denen die Kommunen sie organisieren müssen. Die EU-Kom-



mission drängt darauf, fast alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge komplett zu privatisieren oder in öffentlich-privaten Partnerschaften zu betreiben. Natürlich unterliegen öf-

fentliche oder kommunale Betriebe auch betriebswirtschaftlichen Kriterien, es besteht aber weit mehr als bei Großkonzernen die Möglichkeit, sie demokratisch zu steuern und zu kontrollieren. Sobald aber private Anbieter neben kommunalen Unternehmen und gemeinnützigen Trägern öffentliche Dienste erbringen, gelten für alle automatisch die Spielregeln der Wettbewerbsordnung der EU. In Deutschland ist die Regierung von Schröder (SPD) und Fischer (Grüne) verantwortlich für die neoliberale Privatisierungsstrategie, die sie seinerzeit in Europa durch-

gesetzt hat. In der aktuellen Regierung drängt die SPD darauf, vermehrt öffentlich-private Partnerschaften zu betreiben. Wenn an dieser Strategie festgehalten wird, sind öffentliche Dienste wie Hochschulen und Krankenhäuser bald nur noch denen vorbehalten, die über ausreichend Geld verfügen. DIE LINKE verteidigt die öffentliche Daseinsvorsorge. Sie fordert einen generellen Privatisierungsstopp und will bereits privatisierte Dienste wieder den Kommunen zurückgeben, um sie allen Menschen unabhängig vom Einkommen zugänglich zu machen. -red

Chancengleichheit in der Bildung

Von Jutta Fiedler, bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE

„Wie soll denn das gehen? So ein Gerede um den Einheitsbrei! Das war schon immer so: Der eine ist eben besser in der Schule als der andere. Die müssen sich bloß ein bisschen anstrengen, dann klappt's auch mit dem Erfolg in der Schule.“ Solche Sätze sind nicht selten zu hören.

Ja, es stimmt: Menschen sind unterschiedlich. Das ist genetisch angelegt und durch Sozialisation verstärkt - eine wunderbare Grundlage für ein kreatives, erfolgreiches Miteinander, aber kein Grund, dem einen von vornherein mehr Bildung anzubieten und den anderen mit weniger abzuspeisen, wie es das gegliederte Schulsystem in Sachsen-Anhalt macht.

Chancengleichheit bedeutet, dass jeder das gleiche Recht auf gerechte Verteilung von Zugangs- und Lebenschancen hat. Wie Menschen das gestalten, darin kommt Demokratieverständnis zum Ausdruck.

Chancengleichheit in der Bildung heißt:

Jedem steht jeder Bildungsweg erst einmal offen - wie erfolgreich er beschritten wird, liegt zu einem Teil an jedem selbst, zu einem anderen aber



Jutta Fiedler: Alle Kinder müssen die gleichen Chancen für ihr Leben bekommen.

auch an denen, die Bildungsbiografien mitschreiben: Familie, Freunde, Lehrer, das gesamte Umfeld in der Schule und in der Gesellschaft.

Jeder hat das Recht, sich Bildung in hoher Qualität anzueignen. Keiner hat das Recht, jemandem nur eine geringe Bildungsportion zuzuweisen, auch nicht mit der Begründung, er könne ja zu einer größeren Portion wechseln.

Wie sieht es mit dieser Chancengleichheit in Sachsen-Anhalts gegliedertem Schulsystem aus?

2007/08 lernten in den allgemein bildenden Schulen aller Schulformen Sachsen-Anhalts 183.622 Kinder und

Jugendliche. Nur sehr wenige wechselten nach Klasse 5 zwischen den ihnen zugewiesenen Bildungsgängen, ein Weg von der Sekundarschule zum Gymnasium gelingt nur in Ausnahmefällen. Etwa ein Viertel der 23690 SchulabgängerInnen verließen die Schule unterhalb des Realschulabschlusses. Jeder einzelne Misserfolg in der Schule ist der Ausgangspunkt für weitere Einschränkungen von Zugangs- und Lebenschancen.

Wir wollen,

▶ dass alle Schüler bis zur Klasse 9 gemeinsam EINE SCHULE FÜR ALLE besuchen und Sach-, Selbst- und Sozialkompetenz entwickeln können;

▶ dass ihre Unterschiedlichkeit für Lernerfolge produktiv wird und alle die Schule in der Regel mindestens mit dem Realschulabschluss verlassen können;

▶ dass sich multiprofessionelle Teams in der Schule individuell um die Kinder und Jugendlichen kümmern.

Wir wollen, dass Lernerfolge Freude und Selbstachtung bringen - den Lernenden ebenso wie den Lehrenden. So entsteht Chancengleichheit. So wächst Demokratieverständnis.

Jutta Fiedler,
MdL/Bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE

Armut hat ein Kindergesicht

Das Thema Kinderarmut ist kein neues, im Wahlkampf erfundenes Thema. Dahinter steckt kein Populismus und keine Schwarzmalerei. Dahinter stecken klare Fakten und Zahlen, die seit Jahren bekannt sind.

Lebte im Jahr 2005 „nur“ jedes vierte Kind in einer Bedarfsgemeinschaft und damit in relativer Armut, so ist jetzt bereits jedes dritte Kind unter 15 Jahren betroffen. Armut hat vor allem ein Kindergesicht. Ein trauriger Fakt in einem der reichsten Länder der Welt!

Doch Armut ist kein Naturgesetz. Unsere Gesellschaft muss sich der Frage stellen, was wir tun können, damit

Kinder nicht schon am Anfang ihres Lebens von der Gesellschaft ausgegrenzt und jeglicher Chancen beraubt werden. Dabei sind nicht nur Bundes- und Landespolitik gefragt. Kommunale Entscheidungsträger haben ebenfalls die Möglichkeit, Weichen im Sinne von Kindern und Jugendlichen zu stellen, um ihnen eine altersgerechte Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben zu ermöglichen.

Es geht um kostengünstigeren oder freien Zugang zu kulturellen Einrichtungen, vergünstigte Fahrpreise für den öffentlichen Nahverkehr, Befreiungen von Mit-



gliedsbeiträgen in Vereinen, Umsetzung von Freitischen in Kitas und Schulen, Einrichten von Sozialkaufhäusern und Tauschbörsen, Ehrenamtsdienste und vieles mehr. Dafür wird sich DIE

LINKE in Sachsen-Anhalt auch weiterhin stark machen, ebenso wie für die gesetzliche Verankerung eines ganztägigen Rechtsanspruches in einer Kindertageseinrichtung für alle Kinder - unabhängig vom Erwerbsstatus ihrer Eltern.

Denn Kindertageseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen und nach der Familie die erste mögliche Stufe der Bildungskarriere von Kindern. Diese darf auf keinen Fall zu schmal, zu eng oder für einige Kinder unzugänglich sein.

Eva von Angern,
Familien-, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion

Kandidaten für die Kommune



René Marmulla,
38 Jahre,
Krankenpfleger
(auch Ortschaftsrat Dodendorf)



Hartmut Pfahl,
43 Jahre,
Straßenbahnfahrer
(auch Ortschaftsrat Langenweddingen)

Jutta Spurek,
55 Jahre
Industriekauffrau (auch Ortschaftsrat Langenweddingen)

Ortschaftsrat Glindenberg



Thomas Penner,
53 Jahre,
Finanzkaufmann

Gemeinderat Einheitsgemeinde Barleben



Klaus Fischer,
70 Jahre,
Lehrer
(auch für den Ortschaftsrat Barleben)



Rico Gagelmann,
34 Jahre,
Kommunikationselektroniker
(auch für den Ortschaftsrat Barleben)



Wolfgang Detloff,
52 Jahre,
Hochschullehrer

IMPRESSUM

ORIGINAL SOZIAL Zeitung zu den Kommunalwahlen und zur Europawahl 2009 im Land Sachsen Anhalt Herausgeber: Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen Anhalt, Jenny Schulz, Geschäftsführerin (V.i.S.d.P.) in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband DIE LINKE. Börde Redaktion/Layout: medienPUNKTpotdam, Hessestraße 5, 14469 Potsdam, Tel/Fax: 03 31-20 01 89 70/-71, email: info@medienpunktpotdam.de Druck: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg Auflage: 86.000 Exemplare Erscheinungstermin: 11. Mai 2009

Kandidaten für die Kommune

◀ Stadtrat Wolmirstedt



Detlef Horstmann,
52 Jahre,
Diplom Inge-
nieurökonom



Daniela Weber,
36 Jahre,
Verwaltungsfach-
angestellte



Annegret Engelhardt,
48 Jahre,
Diplom Inge-
nieur für Verfah-
renstechnik

◀ Stadtrat Wanzleben



Gudrun Tiedge,
55 Jahre,
Diplomjuristin



Monika Hoppe,
54 Jahre,
Diplomlehrerin



Wilfried Futh,
53 Jahre, Diplom-
ingenieur

◀ Gemeinderat Einheitsgemeinde Niedere Börde



Benjamin Wischeropp,
21 Jahre,
Student
(kandidiert auch
für den Ort-
schaftsrat
Samswegen)

Gegen Krankenhausprivatisierung

LINKE unterstützt Bürgerinitiative für kreisliches OK-Klinikum

Mehr als 30 Millionen Euro öffentliche Finanzausschüsse für die Sanierung und Erweiterung eines Kreiskrankenhauses, das schwarze Zahlen schreibt, schuldenfrei ist, über enormen Grundbesitz verfügt und eine anerkannt gute medizinische Versorgung bietet.

Mit diesen Ausgangsdaten beschloss der Kreistag des Ohrekreises gegen die Stimmen der LINKEN im Dezember 2006 im Schnellverfahren die Krankenhausprivatisierung, im Klartext den Verkauf an eine neu gegründete private Gesellschaft für kaum 9 Millionen Euro. Genauere Einzelheiten durften Einwohner „wegen vereinbarter Vertraulichkeit“ nicht erfahren.

Unrühmliche Ergänzung erfuhr dieses Glanzstück kommunaler Daseinsvorsorge durch die Schließung des Krankenhauses Wolmirstedt.

Überparteiliche Bürgerinitiative

Gegen diese erheblichen Verschlechterungen bei der medizinischer Versorgung der Bevölkerung im Ohrekreis und gegen diese Verschleuderung öffentlichen Eigentums wehrte sich eine überparteiliche Bürgerinitiative PRO-OK-Klinikum (BI) und startete eine Unterschriftensammlung im Altkreis mit dem Ziel der Herbeiführung eines Bürgerentscheids in dieser Sache.

Bürgerwillen ist „keine wichtige Kreisangelegenheit“

Fast 11.000 gültige Unterschriften konnte die BI fristgerecht im Februar 2007 einreichen. Aus dem Amt hieß es zuerst, deren Prüfung erfordere viel Zeit und nach dann erfolgter Landratswahl (der Leser mag hier stutzig werden) räumten die Verantwortlichen plötzlich ein, diese Prüfung gar



Mit einer Unterschriftenaktion und Demonstrationen machte die Bürgerinitiative „Pro-OK-Klinikum“ den Bürgerwillen deutlich, die Klinik nicht zu privatisieren.

nicht vorgenommen zu haben. Angeblich handle es sich um „keine wichtige Kreisangelegenheit“, der Verkauf sei alternativlos gewesen und ohnehin sei es nur um einen „Trägerwechsel“ gegangen. Das Bürgerbegehren wurde abgelehnt, die Beschwerde dagegen ebenso. Aber die BI, maßgeblich getragen von Mitgliedern der LINKEN, blieb hartnäckig. Wir sammelten Geld und beauftragten einen Rechtsanwalt mit der Klageeinreichung vor dem Magdeburger Verwaltungsgericht, um die Gegenargumente prüfen zu lassen.

Am 7. Juni die Stimme für „Politik mit den Bürgern“

Darum geht es zukünftig: Kommunalpolitik, ob auf Kreis-, Stadt-, Gemeinde- oder Ortsteilebene hat Bürgerinteressen zu beachten. Ein überhebliches darüber Hinweggehen löst

weder die Aufgaben der Daseinsvorsorge, zu der die Krankenhausversorgung zwingend zählt, noch stärken bürokratische Verfahrenstricks das Engagement der Bürger, die nun am 07. Juni zur Wahl gerufen werden.

Gerichtsurteil soll Klarheit schaffen

Wir akzeptieren nicht, dass Politik ohne die Bürger gemacht wird, dass aus Profitgier weniger medizinisches Fachpersonal für weniger Vergütung künftig mehr arbeiten soll und darunter zwangsläufig die Qualität der medizinischen Versorgung Schaden zu nehmen droht.

Vom Gerichtsurteil versprechen wir uns grundsätzlich eine Klarstellung zum Umgang mit künftigen Bürgerbegehren.

Mitglieder der Bürgerinitiative
Guido Henke und Thomas Spelsberg

Wir sind für Sie da – prüfen Sie uns

DIE LINKE
Kreisverband Börde
Sie finden uns in
unseren **Bürgerbüros:**
39340 Haldensleben
Ritterstraße 1
Tel.: 03904 - 498 933

39387 Oschersleben
Diesterwegring 1,
Tel./Fax: 03949- 4127

Im Internet
www.dielinke-boerde.de
vorstand@dielinke-boerde.de

An den Infoständen:
in Haldensleben
in der Hagenstraße
Dienstag: 19. 5 / 26. 5 / 2.6.

Gregor Gysi und Lothar Bisky in Magdeburg

Am Dienstag nach Pfingsten, am 2. Juni, werden
auf der zentralen Wahlveranstaltung der
LINKEN Gregor Gysi und Lothar Bisky auftreten.
Treffpunkt: 16.00 Uhr auf dem Ulrichsplatz
im Zentrum von Magdeburg

Donnerstag: 21.5 / 28.5 / 4.6.
von 10.00 – 12.00 Uhr

in Althaldensleben
Am Penny-Markt
Freitag 29.5. / 5.6. 13.00 –
17.00 Uhr

In Wolmirstedt
auf dem Boulevard

Mittwoch: 20.5. / 27.5. / 3.6.
von 10.00 – 12.00 Uhr
Freitag: 22.5. / 29.5. / 5.6.
von 10.00 – 12.00 Uhr

In Oschersleben
auf dem Markt
Freitag: 22.5. / 29.5. / 5.6.
von 10.00 – 12.00 Uhr

In Wanzleben
Dienstag: 26.5. / 2.6.
auf dem Boulevard
von 10.00 – 12.00 Uhr
vor dem EDEKA Markt
13.00 – 15.00 Uhr

in Oebisfelde
Diskussionsforen mit Ro-
land Claus MdB zu Fragen
der Finanzpolitik,
mit Harry Czeke, MdL, zur
Europapolitik und
Detlef Eckert, MdL, zur Ge-
sundheits- und Behinder-
tenpolitik.

Darüber hinaus sind
wir ab dem 15. Mai in vielen
Gemeinden des Landkreises
unterwegs.